



# PROTOKOLL

---

**LANDKREIS  
ERDING**

**öffentlich**

**Büro des Landrats  
BL**

Alois-Schießl-Platz 2  
85435 Erding

Ansprechpartner/in:  
Angelika Wackler

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1144  
Fax 08122/58-1109  
angelika.wackler@lra-  
ed.de

## **39. Sitzung des Kreisausschusses am 25.03.2019**

Erding, 25.07.2019  
Az.:  
2014-2020/KA/039

### **Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:**

Eichinger, Gertrud

Els, Georg

Geisberger, Ferdinand

Gotz, Maximilian

Gruber, Michael

Grundner, Heinz

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Peis, Johann

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

Wiesmaier, Hans

Vertretung für Ulrike Scharf

Vertretung für Ulla Dieckmann

Vertretung für Josef Sterr

Vertretung für Dr. Thomas Bauer

Vertretung für Christina Treffler

### **sowie als Vorsitzender:**

Bayerstorfer, Martin, Landrat

### **von der Verwaltung:**

Fiebrandt-Kirmeyer, Claudia

Helfer, Helmut

Hollaender, Joel

Pressesprecherin

Kreisfinanzen

Kommunales, Sicherheit und Ordnung

Huber, Matthias

Knorr, Andreas

Trettenbacher, Sabine

Wackler, Angelika

Liegenschaftsmanagement,  
TOP 10, 11, 12

Asylmanagement, TOP 2

Zentrale Angelegenheiten

Protokoll



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Wirth, Harald

Personal, TOP 3, 7, 9

### **Ferner nehmen teil:**

Caritas Zentrum Erding, Frau Gaab (Kreisgeschäftsführerin) und Frau Gehlmann Fachstelle Migration und Wohnen

Bayerisches Rotes Kreuz, Frau van der Heijden (Kreisgeschäftsführerin)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Auf Anregung und mit Einverständnis des Gremiums, der Beteiligten wird TOP 2 zuerst behandelt. Anschließend gilt wieder die folgende

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil:**

1. Berichterstattung Frauenhaus  
Vorlage: 2019/2703
2. Quartalsbericht Wohnungslotsin angesiedelt beim Caritaszentrum Erding  
Vorlage: 2019/2685
3. Beschaffung von IT-Hardware  
Vorlage: 2019/2713
4. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2017  
Vorlage: 2018/2627
5. Bekanntgaben und Anfragen
- 5.1. Anfrage KRin Eichinger - Besetzung Krankenhausausschuss



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## 1. **Berichterstattung Frauenhaus** **Vorlage: 2019/2703**

**Der Vorsitzende** erklärt, dass die ödp-Fraktion einen Antrag gestellt habe und darin um eine Berichterstattung des Trägers zum Betrieb des Frauenhauses gebeten hatte. Er begrüßt dazu die Kreisgeschäftsführerin des Bayerischen Roten Kreuzes, Frau van der Heijden.

**Frau van der Heijden** bedankt sich für die Einladung und berichtet  
Zur Interventionsstelle:

„Die Interventionsstelle ist seit 01.01.2018 unter der Trägerschaft des BRK und hat Räumlichkeiten im Klinikum bezogen. Besetzt ist die Interventionsstelle mit einer halben Stelle, wobei die Übergänge in den jeweiligen Einrichtungen fließend sind. Wenn beispielsweise die Mitarbeiterin im Frauenhaus erkrankt ist, Urlaub oder ihren Freizeitausgleich nimmt, kann sie von der anderen Mitarbeiterin der Interventionsstelle oder dem Frauennotruf vertreten werden. Die Zusammenarbeit mit der Polizei ist sehr gut und eng.

Insgesamt sind im vergangenen Jahr 184 Anrufe eingegangen, davon wurden 19 an die Polizei weitergeleitet, 8 ans Frauenhaus und 37 an andere Institutionen.

Der vorgegebene Kostenrahmen für die Interventionsstelle ist eingehalten worden. Parallel dazu sind 3x beim zuständigen Ministerium Anträge auf Fördermittel gestellt worden. Diese sind leider alle negativ beschieden worden, weil die Interventionsstelle unter dem Vorgänger-Träger mit der Maßnahme vorzeitig begonnen und erst danach Fördermittelanträge gestellt hat. Dies war förderschädlich und wurde auf den Nachfolger übertragen.“

Zum Frauenhaus:

„Das BRK übernahm die Trägerschaft des Frauenhauses zum 01.03.2018 mit 1,25 Sozialpädagoginnen und einer 0,5 VK Pädagogin. Da sich die Gesetzeslage zum Stellenanteil Erzieher geändert hat, die Bezuschussung hat sich erhöht, wurde die Stelle wie gefordert und gefördert auf 0,75 VK Erzieher erhöht.

Am 01.03.2018 startete das BRK mit nur einer Bewohnerin, deren Finanzierung über das Jobcenter vom Vorgänger nicht geklärt war und sich auch rückwirkend leider nicht mehr klären ließ. Somit hat man diese Bewohnerin umsonst im Haus wohnen lassen.

Die Belegung endete Ende März mit 3 Bewohnerinnen und 3 Kindern. Im April war das Haus mit 5 Bewohnerinnen voll; 3 Kinder wurden betreut. Von den Bewohnerinnen war eine Selbstzahlerin, 3 wurden über das Jobcenter finanziert, eine Dame belegte ein Zimmer ohne Einnahmen (s. März).

Im Mai gab es statistisch gesehen 6 Bewohnerinnen (Mitte des Monats gab es einen Aus- und einen Einzug, werden damit beide gezählt), 4 Kinder mussten betreut werden. Es gab 2 Selbstzahlerinnen, 3 Damen wurden über das Jobcenter finanziert, die eine Dame vom März belegte ein Zimmer ohne Bezahlung.

Im Juni lag die Belegung ebenfalls bei 100%, 2 Kinder wurden betreut, 2 Selbstzahlerinnen, 2 Damen wurden vom Jobcenter finanziert, die Dame



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

vom März belegte ein Zimmer, verließ aber dann das Haus, weil sie eine Bleibe finden konnte.

Im August verzeichnete man 4 Bewohnerinnen, 2 Kinder wurden betreut, 2 davon waren Selbstzahlerinnen, 2 davon wurden über das Jobcenter finanziert. Seit September ist das Haus kontinuierlich vollbelegt, 3 Kinder werden betreut, es sind 3 Selbstzahlerinnen, 2 Damen werden vom Jobcenter finanziert. Im Januar 2019 verzeichnete man eine Belegung von 7 Frauen (Ein- und Auszug überschritten sich), 7 Kinder, davon ein Neugeborenes werden versorgt. 4 Damen sind Selbstzahler, 3 Damen werden vom Jobcenter finanziert.

Aus welchen Landkreisen kommen die Frauen:

Mehrzahl aus dem Landkreis Erding, zudem aus dem Landkreis Altötting und dem Landkreis Hof.

Das durch den Landkreis vorgegebene Budget konnte eingehalten werden, es bleiben sogar noch ein paar Hundert Euro übrig.

Zu der in der Öffentlichkeit damals recht heftig durchgeführten Diskussion: zahlt das BRK Tarif? Schaffen die das? Hier kann man sagen, dass die Mitarbeiterinnen das tarifliche Gehalt erhalten. Zudem achte der Personalrat genau darauf, dass die Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen eingehalten werden.“

„Das BRK hat eine Kooperationsvereinbarung mit dem Polizeipräsidium Oberbayern Nord abgeschlossen. Im Herbst 2018 fand zudem in der Stadthalle eine kleine Podiumsdiskussion statt, um auf das Thema Frauenhaus aufmerksam zu machen bzw. mehr Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Auch sonst erleben die Sozialpädagoginnen im Frauenhausalltag recht viel. Zum Beispiel helfen sie Wohnungen mit Hilfe der Polizei auszuräumen, begleiten bei Gerichtsverhandlungen oder versorgen, wie vorhin geschildert, ein neugeborenes Baby und seine Mutter. Dies sind alles Bereiche, die nebenbei mitlaufen.“

Sie fügt an, dass es kein Stolz sein dürfe, von einer 100 %igen Belegung zu berichten sondern es schlimm sei, dass Gewalt in der Familie, in welche Richtung auch immer, stattfindet. Man dürfe jedoch mit Stolz sagen, dass man im Landkreis über ein Frauenhaus verfüge, welches die Frauen auffange.

#### Frauennotruf:

Sie erklärt, dass sie sich in ihrem Skript Frauennotruf/Hilfetelefon notiert habe, da das Thema Hilfetelefon sehr wichtig wäre.

Der Frauennotruf ging am 01.07.2018 an den Start und von Juli bis Dezember seien 41 Anrufe eingegangen. Dies scheint auf den ersten Blick nicht viel, allerdings vermische sich die Interventionsstelle oft mit dem Frauennotruf. Gut sei, dass sich mittlerweile ein Mann getraut habe, beim Frauennotruf anzurufen und sein Herz dort auszuschütten. Für Männer sei es bedeutend schwieriger das Thema erlittene Gewalt anzusprechen bzw. dies öffentlich preiszugeben.

Nun sei sie genau bei den Begriffen Frauennotruf/Hilfetelefon. Für sie stelle sich die Frage, ob man nicht den Frauennotruf umbenennen sollte in Hilfetelefon. Ein Hilfetelefon für alle Menschen, die Hilfe benötigen würden, somit auch Kinder und Jugendliche. Sie merkt an, dass sich dadurch die Kosten nicht erhöhen würden, sondern man lediglich organisatorisch etwas ändern würde. Sie glaubt, dass es sehr wichtig wäre, diese Hilfe allen zukommen zu lassen und wäre deshalb über einen Auftrag in diese



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Richtung sehr dankbar. Auch könne man darüber nachdenken, wie sich Jugendliche und Kinder per WhatsApp direkt melden könnten. Abschließend fügt sie an, dass auch das Budget des Frauennotrufes eingehalten werden konnte.

Sie berichtet noch, dass die Sozialministerin das Frauenhaus besucht habe und sich deren Schilderung, mit den Erfahrungen des Frauenhauses decken würde. Die Sozialministerin habe dazu aufgefordert, sich auch über andere Themen Gedanken zu machen. Viele Frauen hätten z. B. kaum die Möglichkeit eine Wohnung zu finden und seien auch finanziell oft am Ende. Hierzu habe man Überlegungen diskutiert um ein ambulantes Wohnen für Frauen anzubieten. Sie erklärt, dass die Frauen nach einer bestimmten Wochenanzahl das Frauenhaus verlassen würden und bei Bedarf das betreute Wohnen nutzen könnten. Dies in einer Art Wohngemeinschaft unter Frauen, in der diese sich gegenseitig unterstützen und auf die Suche nach einer Wohnung oder Arbeitsstelle gehen könnten. Auch könne man die Frauen dabei leicht, niedrighschwellig, durch eine Psychologin/Sozialarbeiterin betreuen. Die Frauen könnten nach einer festgelegten Zeit, z. B. 12 Wochen oder ein halbes Jahr, das betreute Wohnen verlassen und gestärkt, mit einer Basis, in ihren neuen Alltag starten. Auch könne man so die Fälle minimieren, die aufgrund fehlender Lösungen bzw. fehlender Perspektive wieder zu ihren Peinigern zurückgehen würden.

**Frau van der Heijden** möchte nochmals kurz das Thema Männer und Menschen in der Pflege bzw. häusliche Gewalt ansprechen. Man sollte sich auch Gedanken darüber machen wie man Männer unterstütze, die Gewalt erfahren würden. Sie glaube, dass ein Mann nicht in ein Männerhaus gehen würde bzw. gar nicht erst um Hilfe bitten würde. Hier müsse man andere Ansätze finden.

Sie berichtet noch von einer Erfahrung im Bereich häusliche Gewalt, welche ihr von einer Gemeindeschwester kurz vor dem Besuch der Sozialministerin berichtet wurde. Diese Gemeindeschwester habe von einem gemeinsamen Krisengespräch mit dem Pflegedienst bei einer Familie berichtet. Die demente Ehefrau habe diesem Pflegedienst aus dem Landkreis berichtet, dass sie vom Ehemann geschlagen werde.

Dies habe sie ebenfalls der Sozialministerin geschildert und angeregt, auch über Hilfe in diesem Bereich nachzudenken.

Sie fügt hinzu, dass Gewalt auch nicht immer mit körperlicher Gewalt gleichzusetzen sei, sondern dazu z. B. auch ein Freiheitsentzug, Essensentzug, Plünderung von Sparbüchern und eine falsche Medikamentengabe gehöre.

Abschließend merkt sie an, dass man mit den zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen den Weg gemeinsam weiter überdenken und beschreiten sollte.

**Der Vorsitzende** bedankt sich für den ausführlichen Bericht. Er merkt an, dass er auch im Jahrespressegespräch im Dezember angeregt hatte, die Möglichkeit eines unterstützenden, ambulanten Wohnens anzubieten. Dazu liege zwischenzeitlich auch von der CSU-Kreistagsfraktion ein Antrag vor, der noch behandelt werde.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrat Gotz** findet es erfreulich und möchte sich dafür bedanken, wie das Haus zwischenzeitlich geführt und auch angenommen werden würde. Im Grunde genommen, würde dies die heftige Debatte ersticken, die man damals geführt habe. Er fügt an, dass er damals bereits wusste, dass das BRK über die entsprechenden Kompetenzen verfüge und sich dies nun widerspiegle.

Er kommt auf die von ihr geschilderten Versuche zurück, Fördergelder abzurufen und fragt, über welche Summe man hier spreche. Er nimmt an, dass die Gelder, die nicht als Förderung eingegangen seien, der Landkreis letztendlich über den Landkreishaushalt ausgleichen müsste.

**Der Vorsitzende** antwortet, dass dies korrekt sei und die Interventionsstelle auch nicht vom Landkreis Ebersberg mit übernommen werde. Die Interventionsstelle werde zu 100 % über den Landkreishaushalt finanziert. Für das Jahr 2017 seien damals 56.000 € angefordert worden, nun habe man beim BRK Kosten in Höhe von 30.000 €. Er fügt an, dass der Lkr. Ebersberg selbst ein Frauennotruf-System etabliert habe.

**Frau van der Heijden** berichtet, dass die Vorgänger damals einen Antrag gestellt hatten, allerdings nachdem die Maßnahme begonnen wurde. Sie erklärt, dass ein vorzeitiger Maßnahme-Beginn immer förderschädlich sei. Deshalb hätten sie, bevor die Genehmigung zum Start des Frauenhauses vorlag, bereits einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn beim Ministerium beantragt.

**Herr Helfer** antwortet, dass die mögliche, jährliche Förderung bei einer Vollauslastung der Interventionsstelle bei 10.000 € gewesen wäre. Zusätzlich hätte man noch einen jährlichen Sachkostenzuschuss in Höhe von 2.000 € erhalten können.

**Kreisrätin Stieglmeier** möchte folgende Fragen stellen bzw. grundsätzliche Anmerkungen machen:

Zur Website vom BRK KV Erding, Bereich Frauenhaus,

- hier seien 4 Personen als Ansprechpartner genannt. Sie fragt, wie viele Personen, in welchem Umfang dort beschäftigt seien.
- Frauenhaus wäre rund um die Uhr erreichbar, wie sei dies organisiert, gibt es auch ehrenamtliche Mitarbeiter,
- Notruf-Telefon und Frauenhaus-Telefon seien zwei verschiedene Dinge, sie konnte allerdings keinen Hinweis auf ein Notruf-Telefon finden,
- angebotene Nachbetreuung der Frauen, wie schaue dies aus, Konzept?
- welche Öffentlichkeitsarbeit gebe es,

Zum Thema Häusliche Gewalt:

- Gibt es noch eine Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis häusliche Gewalt, da dieses Thema dort sehr gut angegliedert wäre.
- Welche Mitarbeiterfortbildungen werden angeboten um die Belastungen zu reduzieren?



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Frau van der Heijden** antwortet,

- Anzahl der Mitarbeiterstellen: 0,75 Erzieherin, 1,0 Frauenhaus, 0,25 Frauenhaus, 0,5 Intervention, 0,25 Hilfefon und 0,5 Frauennotruf.
  - 24-Stunden Erreichbarkeit bzw. ehrenamtliche Kolleginnen, Frau Tremmel schaue sich für diesen Bereich die ehrenamtlichen Helfer sehr genau an und habe nun zwei Ehrenamtliche zur Unterstützung hinzugezogen. Es gebe ein Bereitschaftstelefon, welches immer an die zuständige Mitarbeiterin weitergegeben werde.
  - Zur Nachbetreuung berichtet sie, dass sich die Mitarbeiterinnen des BRK im Rätchenbach mit den Frauen zu Gesprächsrunden treffen würden. Eine Selbsthilfegruppe gebe es bisher noch nicht, diese müsste jedoch auch von den Betroffenen initiiert werden und nicht vom Träger selbst.
  - Öffentlichkeitsarbeit: an diesem Thema müsse noch gearbeitet werden. Man habe eine Aktion am Valentinstag für Vermieter durchgeführt, um Wohnungen zu finden, zudem konnten inzwischen viele Spenden generiert werden. Sie fügt hinzu, dass auch dies für sie eine Art von Öffentlichkeitsarbeit sei.
  - Arbeitskreis häusliche Gewalt, Frau Tremmel sei bereits als Mitglied im Arbeitskreis dabei.
  - Fortbildung Mitarbeiter: ja, werden durchgeführt, z. B. mehrfach im Jahr eine Supervision.
- Sie bedankt sich noch für die Anmerkung, dass der Notruf nicht auf der Homepage zu finden sei und sagt, dass sie dies überprüfen werde.

**Der Vorsitzende** teilt noch mit, dass ihm zur Zusammenarbeit mit dem Jobcenter von der Geschäftsführerin berichtet wurde, dass diese Zusammenarbeit sehr gut klappen würde.

**Kreisrat Treffler** merkt an, dass Frau van der Heijden berichtet hatte, dass das Frauenhaus nun eigentlich immer voll belegt sei, es sogar Überschneidungen gebe. Er fragt, wie viele Frauen abgewiesen bzw. woanders hin empfohlen werden würden, ob es eine Warteliste gebe und ob es nach ihrer Meinung notwendig wäre, noch weitere Plätze zu schaffen. Er fragt auch, ob Frauen vom Landkreis Ebersberg keinen Platz finden würden oder diese gleich woanders hin empfohlen werden.

**Frau van der Heijden** antwortet, dass man bei voller Belegung gleich versuche die Frauen an andere Häuser zu vermitteln. Enge Kontakte habe man z. B. nach München. Eine sogenannte Warteliste gebe es nicht. Sie erklärt noch, dass das Frauenhaus ihrer Meinung nach zu klein sei und man mehr Plätze benötige. Sie glaubt, dass man eine Entspannung erreichen könne, wenn man die ambulant betreuten Wohnplätze schaffen würde. Sie merkt an, dass man momentan nur zwei Möglichkeiten habe nach den 12-Wochen, die Frauen zu ihren Partnern zurückzuschicken oder in eine Obdachlosigkeit.

**Der Vorsitzende** merkt an, dass langfristig gesehen die Frage aufkomme, ob man es weiterhin gemeinsam mit dem Lkr. Ebersberg betreibe oder man die Notwendigkeit für ein landkreiseigenes Haus sehe. Er wundere sich, dass so viele Frauen aus dem Landkreis Erding das Haus wählen würden, da nach seinen Kenntnissen die Frauen eher versuchen würden, etwas weiter weg zu gehen um ihrem Peiniger nicht zufällig zu begegnen.



LANDKREIS  
ERDING

Büro des Landrats  
BL

**Frau van der Heijden** antwortet, dass manche Frauen ins Frauenhaus kämen und dieses dann aufgrund der psychischen Belastung erstmal gar nicht mehr verlassen wollten. Somit bestehe gar nicht die Gefahr, ihrem Peiniger zu begegnen. Sie regt als ersten Schritt an, den Frauen die länger als 12 Wochen da sind ein zeitlich begrenztes ambulantes Wohnen zu ermöglichen. Damit könne man das Frauenhaus stark entlasten. Die Entwicklung dann weiter zu beobachten, zu bewerten und danach zu entscheiden, ob ein größeres Frauenhaus notwendig sei.

**Kreisrätin Eichinger** merkt an, dass auch bereits die Vorgänger geschildert hätten, dass fünf Plätze zu wenig seien und man mehr unterbringen könnte. Natürlich hänge dies auch mit der Verweildauer zusammen und dem Problem keine Wohnung zu finden. Sie könne sich den Gedanken eines niederschweligen Angebotes im Bereich Wohnen, mit einer sozialpädagogischen Betreuung, für die Frauen sehr gut vorstellen. Sie findet, dass mehr Plätze gut wären. Ob diese nun über das Frauenhaus oder ein ambulantes Wohnen angeboten würden, könnte vielleicht auch eine Frage der Förderung sein. Sie fragt, ob es bereits schon Konzepte zu einem ambulanten Wohnen gebe oder Fördermöglichkeiten.

Zum Frauennotruf bzw. Hilfetelefon merkt sie an, dass es gerade im Bereich Pflege viel Gewalt gebe. Sie würde jedoch ungern den Begriff Frauennotruf aufgeben. Mit diesem Begriff verbinde man, dass es dort Hilfe für Frauen gebe, eine Gemeinschaft für die Frau und auch eine Frau als Ansprechpartner. Sie findet, dass noch zu viele Defizite vorhanden wären, um diesen Begriff tatsächlich schon aufzugeben. Wie man den Bereich für Pflegende ausweiten könne, sei eine andere Frage.

**Der Vorsitzende** berichtet, dass zu möglichen Konzepten bereits erste Gespräche mit Ministerin Schreyer geführt wurden und diese sich sehr offen gezeigt habe. Derzeit gebe es wohl keine Förderungen, man prüfe dies jedoch noch. Er verweist auf den Antrag der CSU-Fraktion, in dem auch eine Überprüfung der Fragen Konzept und Fördermöglichkeiten angeregt werde.

**Frau van der Heijden** erklärt, dass sie sich beim BRK bereits Gedanken über den Bereich häusliche Gewalt bei Pflegenden gemacht hätten. Man habe inzwischen eine Konzeption erarbeitet, die vermutlich durch die Gemeindeschwester umgesetzt werden könnte. Dieses sei angelegt an das bundesweite Konzept „Pflege in Not“. Dabei gehe es um eine Beratung für pflegende Angehörige und die zu Pflegenden. Auch werde hierzu noch geprüft, ob Fördermittel zu erhalten seien. Sie fügt hinzu, dass sie für diesen Bereich keine Mittel beim Landkreis anfordern wolle.

Zum Namen Frauennotruf gibt sie KRin Eichinger Recht. Sie erklärt, dass eine andere Option wäre, weitere Nummern anzubieten und diese dann z. B. Kindernotruf und Männernotruf zu nennen. Sie berichtet, dass man die Gewalt an Männern nicht unterschätzen sollte und man alle hilfeschreitenden Personen abholen sollte. Sie fügt noch an, dass sie bei ihrer Recherche den Bereich Gewalt bei Kindern/Jugendlichen ebenfalls genauer beleuchtet und als sehr schlimm empfunden habe. Man müsse unbedingt die Kinder/Jugendlichen auffangen. Zudem verursache ein zusätzlicher Hinweis auf der Homepage nicht viel Aufwand.





**Kreisrätin Stieglmeier** findet es gut, dass die Diskussion, auch zum Bereich Erweiterung, heute so geführt wurde. Sie fragt, ob eine ungefähre Zahl vorliege, wie viele Frauen abgelehnt werden müssten. Sie erinnert an die von F. van der Heijden berichteten, vielfältigen Aufgaben der Mitarbeiterinnen des Frauenhauses und fragt, ob sie: „*auch ein Auge auf die Mitarbeiterinnen*“ habe und diese auch entsprechend geschützt seien.

**Frau van der Heijden** antwortet, dass sie sich hierzu keine Sorgen machen müsste, da man die Mitarbeiterinnen des Frauenhauses wirklich im Blick habe. Sie findet, dass hierzu die Supervision das wichtigste Mittel sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, bedankt sich **der Vorsitzende** bei Frau van der Heijden und schließt den TOP.

## 2. Quartalsbericht Wohnungslotsin angesiedelt beim Caritaszentrum Erding - Vorlage: 2019/2685

**Der Vorsitzende** begrüßt vom Caritas Zentrum Erding die Kreisgeschäftsführerin Frau Gaab und die Wohnungslotsin Frau Gehlmann. Er bittet Frau Gehlmann darum, einen Einblick in ihre bisherigen Tätigkeiten zu geben.

Frau Gehlmann stellt sich kurz vor und erläutert anhand einer Präsentation (*siehe Anlage*) ihre Tätigkeiten im Bereich Migration und Wohnen.

**Der Vorsitzende** möchte zur Präsentation, Folie: *Wer unterstützt die Fachstelle* wissen, wie viel die Fachstelle insgesamt ausmache. Der Landkreis übernehme ja 20.000 Euro. Laut Folie sei dies ein knappes Drittel, somit liege die Fachstelle bei ca. 60.000 Euro.

**Frau Gaab** antwortet, dass in diesem Betrag nicht nur die Lohnkosten sondern auch alle anderen Kosten wie z. B. Miete oder Verbrauchs- und Fahrtkosten enthalten seien. Den Rest der Kosten lege die Caritas selbst dazu.

**Frau Gehlmann** fügt hinzu, dass dies eine 30-Stunden-Stelle sei.

**Der Vorsitzende** fragt, wie viele Wohnungsbesichtigungen und direkte Kontakte mit Flüchtlingen sie schon hatte.

**Frau Gehlmann** antwortet, dass sie schon vereinzelte Kontakte gehabt habe aber nun erstmal damit beschäftigt sei, die Stelle aufzubauen. Auch müsse sie sich erst über aufkommende Themen/Begrifflichkeiten wie Kalt-, Warm-, Netto und Grundmiete beschäftigen um in Beratungsgesprächen gleich darauf zurückgreifen zu können. Sie verweist auch nochmals auf den inzwischen entwickelten 2-Tages-Kurs.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

**Kreisrätin Stieglmeier** möchte wissen, ob der angesprochene Qualifizierungskurs etwas koste. Dann erinnert sie kurz an die schwierige Marktsituation im Bereich Wohnungssuche. Sie fragt, wie sie denn als Wohnungslotsin die Motivation einschätze diesen 2-tägigen Kurs tatsächlich zu besuchen bzw. ob sich die Geflüchteten überhaupt der schwierigen Lage auf dem Wohnungsmarkt bewusst seien.

**Frau Gehlmann** antwortet, dass der Kurs kostenfrei sei. Die 2.Frage sei eine gute Frage und tatsächlich auch nah an der Realität. Das traurige sei, dass, obwohl die Helfer und sie bei den Gesprächen immer wieder erklärten das dieser Kurs Informationen vermittele, diese oft denken würden, dass sie nach diesem Kurs einen fertigen Mietvertrag erhalten würden. Sie glaubt, dass die meisten ihre jetzige Situation sehen würden und diese als ganz schrecklich und unbedingt änderungswert befinden würden. Sie glaubt, dass durch den Kurs und ihre Unterstützung diese schwierige Gruppe sich etwas abheben werde von Geflüchteten, die sich ohne diese Hilfsmittel um Wohnungen bewerben würden.

**Frau Gaab** möchte zur Frage Motivation der Geflüchteten noch hinzufügen, dass für den ersten Kurs bereits 20 Anmeldungen vorliegen würden. Zudem würden sie nach Außen kommunizieren, dass die Beratung stark davon abhängt, dass der Kurs besucht wurde. Dann könne man gegenüber Vermietern auch darstellen, dass hier ein Mieter sei der vorbereitet wurde und jemand hinter ihm stehe, wenn es Probleme gebe.

**Kreisrätin Stieglmeier** möchte wissen, welche Öffentlichkeitsarbeit gemacht werde, damit dies auch bei den Vermietern ankomme.

**Frau Gehlmann** antwortet, dass momentan noch nichts gemacht werde, da sie sich erst auf diesen Kurs konzentriert habe um diesen inhaltlich fertigzustellen. Geplant sei, dass Anzeigen, Zeitungsartikel geschaltet werden würden und man auch auf Anzeigen reagieren werde. Sie merkt an, dass die schnellsten Wohnungssuchen durch Bekannte und Mundpropaganda verwirklicht werden. Deshalb bitte sie auch das Gremium darum, immer ein: „*offenes Ohr*“ zu haben.

**Kreisrätin Eichinger** merkt an, dass Frau Gehlmann nun ja auch Ansprechpartner für potentielle Vermieter sei und diese vermutlich viele Fragen hätten. Sie fragt, ob schon Vermieter auf sie zugekommen seien bzw. inwieweit sie sich denen anbieten könne.

**Frau Gehlmann** erklärt, dass der erste Schritt für potentielle Vermieter das von ihr verfasste Anschreiben in der Bewerbermappe sei. Dann müsse sie Schritt für Schritt neue Möglichkeiten finden. Sie merkt an, dass sie sich auch über Vorschläge aus dem Gremium freuen würde. Sie tausche sich zu dieser Frage auch sehr viel mit den Hauptamtlichen aus, da diese über einen guten Erfahrungsschatz verfügen würden.

**Kreisrätin Eichinger** fragt, welche Fragen bei den Vermietern oft aufkommen würden.



**Frau Gehlmann** berichtet, dass ein schwieriges Thema die Zahlungen durch das Job-Center seien. Auf der einen Seite, sei dies eine der sichersten Arten von Zahlungseingängen. Vorausgesetzt jedoch, dass alles immer gleich bleibe. Leider gebe es Probleme in der Kommunikation bzw. es werde womöglich nicht kommuniziert, wenn sich etwas im Leistungsbezug ändere. Dann müsse nämlich neu berechnet werden und das Jobcenter teile nicht mit, dass solange die Mietzahlung eingestellt werden würden.

**Kreisrätin Stieglmeier** glaubt, dass: „*das Ganze steht und fällt damit, dass sie bekannt sind in der Öffentlichkeit*“. Deshalb möchte sie darauf drängen, dass eine gute Öffentlichkeitsarbeit gemacht werde und man sich nicht nur auf Mundpropaganda verlasse. Sehr wichtig sei natürlich, dass man Vermieter erreiche und diese über die Fachstelle informiert seien.

**Frau Gehlmann** antwortet, dass sie ihre Meinung teile.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Frau Gehlmann und Frau Gaab und beschließt den Tagesordnungspunkt.

### 3. Beschaffung von IT-Hardware Vorlage: 2019/2713

**Der Vorsitzende** erklärt, dass zum Tausch der IT Hardware in einem beschränkten Vergabeverfahren bestimmte Firmen zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert werden würden. Er bittet Herrn Wirth (*Personal, Zentrale Dienste, IT*) um Erläuterungen.

**Herr Wirth** verweist auf den Vorlagebericht, in dem der erforderliche Bedarf an Hardware aufgeführt wurde. Er fügt an, dass in diesem Jahr auch das Betriebssystem auf Windows 10 umgestellt werden müsste, da Microsoft für Windows 7 keinen Support mehr anbiete. Aufgrund dieses Wechsels müsse man ein paar PC-Geräte mehr austauschen, als bei einem der sonst üblichen, turnusmäßigen Wechsel. Er merkt an, dass bei den Bildschirmen kein turnusmäßiger Tausch geplant sei, sondern diese erst ausgetauscht werden würden, wenn sie defekt seien.

**Kreisrätin Stieglmeier** findet; dass man bei Microsoft permanent alles austauschen müsse und fragt, ob nicht auch ein anderes Betriebssystem in Frage kommen würde.

**Herr Wirth** antwortet, dass es natürlich günstigere Open-Source Anbieter gebe, diese jedoch meist in der Handhabung wesentlich aufwändiger seien und womöglich ein Schulungsaufwand und Programmierfähigkeiten dazukommen würden. Zudem würden die meisten Nutzer privat ebenfalls Microsoft nutzen und deshalb gut damit zurechtkommen. Er berichtet noch, dass die Stadt München umgestellt hatte und nun wieder zurück zu Microsoft wechsele. Er glaubt, dass man aufgrund der: „*Microsoft Welt*“ relativ wenige Probleme bei der Umstellung zu Windows 10 habe.



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

**Beschluss: KA/354-20**

Der beschränkten Ausschreibung von IT-Hardware im vorgestellten Umfang wird zugestimmt.

Der Landrat wird ermächtigt, dem wirtschaftlichsten Angebot den Zuschlag zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**

**4. Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2017**  
**Vorlage: 2018/2627**

**Der Vorsitzende** bittet Herrn Helfer (*Kämmerer*) um Erläuterung zur Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2017 für den Landkreis Erding.

**Herr Helfer** erläutert den ausführlichen Vorlagebericht und nennt, unter anderen, folgende Kerndaten daraus:

Gesamteinnahmen:

Verwaltungshaushalt: 148.369.740,43 €,

Vermögenshaushalt: 17.440.469,61 €,

Gesamthaushalt: 165.810.210,04 €.

Er merkt an, dass der Rechnungsprüfungsausschuss keine Beanstandungen gemeldet habe und bittet um Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung.

**Der Vorsitzende** erklärt, dass man selbstverständlich die in der Rücklage zur Verfügung stehenden Mittel auch zukünftig zur Finanzierung des Haushalts verwenden werde. Es sei nicht geplant, Sondertilgungen vorzunehmen.

Da keine Wortmeldungen erfolgen, verliert **der Vorsitzende** den folgenden Beschlussvorschlag:

**Beschluss: KA/355-20**

Dem Kreistag wird empfohlen, die Jahresrechnung des Landkreises Erding für das Jahr 2017 mit den genannten Abschlusszahlen gem. Art. 88 Abs. 3 LkrO festzustellen und die Entlastung zu erteilen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen**



**LANDKREIS**  
**ERDING**

Büro des Landrats  
BL

## 5. Bekanntgaben und Anfragen

### 5.1. Anfrage KRin Eichinger - Besetzung Krankenhausausschuss

**Kreisrätin Eichinger** hat eine Anfrage zur Besetzung des Krankenhausausschusses. Sie merkt an, dass sich an der Fraktionssituation der ödp scheinbar nichts ändern werde, trotz des Austrittes von KR Forster aus der ödp-Partei. Sie verweist auf die Geschäftsordnung des Kreistages, in der geregelt wurde, dass Ausschüsse nach Hare/Niemeyer besetzt werden müssen. Momentan habe man im KHA aber noch die damals übergangsweise zugesagte Besetzung nach d'Hondt.

**Der Vorsitzende** berichtet rückblickend, dass in drei Verwaltungsratssitzungen eine Besetzung des Ausschusses analog des Verwaltungsrates besprochen wurde. Bei der Kreistagssitzung wurde von ihr dann eine Besetzung nach d'Hondt vorgebracht. Bis dies möglich sei, müsse man mit den bisherigen Ausschussmitgliedern zurechtkommen. Er berichtet weiter, dass er Gespräche mit dem Ehepaar Treffler und Gespräche mit Herrn Forster geführt habe. Zudem sei in den nächsten Tagen ein weiteres Gespräch geplant. Klären müsse man noch offene Fragen wie, ob die Fraktion so weiterhin bestehe bzw. ob es eine Ausschussgemeinschaft geben könne. Mehr könne er in einer öffentlichen Sitzung dazu nicht sagen. Abschließend merkt er an, dass wenn eine Lösung vorliege, diese unmittelbar umgesetzt werden würde.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreisausschusses.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer  
Landrat

Angelika Wackler  
Verwaltungsfachkraft